

dbb jugend (Bund)
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Tel: 030. 40 81 – 57 51
Fax: 030. 40 81 – 57 99
E-Mail: info_dbbj@dbb.de
Internet: www.dbbj.de
www.facebook.com/dbbjugend

POSITIONEN

Europa



Wir sind Europa. Die dbb jugend bekennt sich ausdrücklich zu demokratischen, von Toleranz und Weltoffenheit geprägten Werten in Europa. Die dbb jugend tritt jeglichen antidemokratischen Prozessen, Diskriminierung und Rassismus entschieden entgegen.

Die Europäische Union ist das erfolgreichste staatenübergreifende Friedens- und Wohlstandsprojekt der Geschichte. Die dbb jugend setzt sich dafür ein, diese Gemeinschaft zu erhalten und zum Wohle der Bevölkerung, insbesondere junger Menschen, zu fördern. Grenzüberschreitende Chancen und Möglichkeiten in einem vereinten Europa gilt es zu nutzen und auszubauen.

Das Leitbild der Europäischen Union kann aus Sicht der dbb jugend nur das soziale Europa sein. Die Europäische Union soll den sozialen Fortschritt und Wohlstand voranbringen und sich nicht einseitig auf wirtschaftliche Interessen ausrichten. Die dbb jugend beteiligt sich an einem kritischen Diskurs über die Stärkung eines sozialen Europas. Ein gemeinsamer Markt schafft eine gemeinsame soziale Verantwortung.

Um das dauerhafte Vertrauen der Bürger¹ in Europa zu sichern, setzt sich die dbb jugend für transparentere europäische Entscheidungsprozesse ein und unterstützt alle Maßnahmen, die Europa auf demokratischere Säulen stellen und eine stärkere Partizipation der gesamten Bevölkerung, insbesondere von jungen Menschen, ermöglichen.

Dazu gehört ein klares Konzept eines zukünftigen Europas mit klaren Prioritäten und Zielen. Die dbb jugend fordert die Europäische Union auf, ihre soziale, wirtschaftliche und politische Rolle in der Welt und die daraus resultie-

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Position der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

rende Verantwortung bewusster wahrzunehmen. Die Europäische Union muss sich den Herausforderungen und Ansprüchen des 21. Jahrhunderts stellen, um Krisen von innen wie von außen bestehen zu können.

Dafür bedarf es stetiger Anpassungsprozesse, die die dbb jugend mit folgenden politischen Schwerpunkten begleitet.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Perspektiven für junge Menschen

Die dbb jugend betrachtet die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa und die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen für junge Menschen als gemeinsame europäische Aufgabe. Die Ausübung einer Beschäftigung muss jungen Arbeitnehmern ein existenzsicherndes Leben und eine nachhaltige persönliche und berufliche Lebensplanung bieten.

Die dbb jugend spricht sich gegen Kettenbefristungen, unregelmäßige Arbeitszeiten sowie nicht zur Existenzsicherung ausreichende Löhne in der gesamten Europäischen Union aus. Kritisch betrachtet sie Leiharbeitsverhältnisse, die gegenüber Normalarbeitsverhältnissen schlechter gestellt sind. Um diesen Entwicklungen europaweit entgegenzuwirken, werden höhere europäische Mindeststandards benötigt. Prekäre Beschäftigung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der „Generation Praktikum“ in Europa.

Für den Arbeitsmarkt der Europäischen Union fordert die dbb jugend verbindlichere Regularien und eine Abkehr von nicht-bindenden Empfehlungen. Insbesondere für den Qualitätsrahmen und die Jugendgarantie fordert die dbb jugend eine Rechtssetzung in Form von Richtlinien.

Jugendgarantie

Die europäische Jugendgarantie soll ermöglichen, dass jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot für eine Arbeitsstelle, einen Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung unterbreitet wird. Jugendarbeitslosigkeit endet allerdings nicht mit Vollendung des 25. Lebensjahres. Die dbb jugend setzt sich dafür ein, dass die Altersgrenze für die Jugendgarantie bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres angehoben wird.

Die dbb jugend fordert die Europäische Union zudem auf, die Jugendgarantie dauerhaft zu implementieren und hierzu auch die finanzielle Ausstattung zu verstetigen. Damit Mittel auch zeitnah in Anspruch genommen werden können, spricht sich die dbb jugend für die Vereinfachung der administrativen Anforderungen an die Mittelverwendung aus. Dazu zählt einerseits die Notwendigkeit, Ausnahmen von der Kofinanzierungspflicht von EU-Beihilfen zuzulassen und andererseits die Interventionssätze in Mitgliedsländern mit entsprechend hoher Jugendarbeitslosigkeit abzuschaffen. Die dbb jugend setzt sich weiterhin für schnelle Finanzierungsverfahren im Jugendbereich ein. Hierzu sollten die Mittel zur Stärkung des Arbeitsmarkts für junge Menschen nicht mehr über den Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt werden. Vielmehr sollte ein eigener „Jugendfonds“ eingerichtet werden, durch den zügig und unbürokratisch auf soziale Notlagen wie die Jugendarbeitslosigkeit reagiert werden kann. Die Ausgestaltung und Organisation eines solchen Fonds muss in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erfolgen.

Die dbb jugend unterstützt den Ansatz einer verstärkten Erfolgskontrolle für europäische Förderprogramme und begrüßt, dass die mitgliedstaatlichen Umsetzungspläne für die Jugendgarantie durch verbindliche Indikatoren untermauert werden. Diese Indikatoren müssen regelmäßig auf Qualität und Effektivität geprüft werden. Auch der Ansatz des Europäischen Gerichtshofes, noch stärker den Nutzen von Programmen im Rahmen der Jugendgarantie zu überprüfen, ist ein Schritt zu mehr Transparenz. Die Jugendgarantie muss insbesondere hinsichtlich ihrer nachhaltigen Wirkung auf die Integration junger Menschen in den europäischen Arbeitsmarkt noch dezidierter evaluiert werden.

Eine solche Evaluierung ist auch angesichts des Ziels der Europäischen Union, ein gegenseitiges Lernen zu ermöglichen, entscheidend. Nur wenn von einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen der Jugendgarantie durchgeführte Maßnahmen entsprechend evaluiert werden, kann auch deren Heranziehung als „best practice“ sinnvoll erfolgen.

Ein europäischer Arbeitsmarkt für alle

Die dbb jugend tritt einer schleichenden Akademisierung des Arbeitsmarktes mit Bestimmtheit entgegen. Der europäische Arbeitsmarkt muss Stellen für alle Bildungshintergründe bieten. Die dbb jugend befürwortet akademische Bildungsabschlüsse. Allerdings sind ebenso der Erhalt sowie die Schaffung einer praxisorientierten Ausbildung in Mitgliedstaaten sinnvoll, in denen diese erfolgsversprechend und mit dem nationalen Aus- und Weiterbildungssys-

tem sowie dem Arbeitsmarkt vereinbar ist. Ziel von Reformen in den Mitgliedsländern muss ein stärkerer Fokus der praktischen Elemente im Ausbildungscurriculum sein. Insbesondere Jugendliche mit niedrigerem oder keinem Bildungsabschluss dürfen nicht aus dem Fokus geraten.

Ein qualitativ hochwertiges, nachhaltiges Ausbildungssystem ist das Herzstück einer dauerhaft tragfähigen wirtschaftlichen Entwicklung. Fähigkeiten und Kompetenzen können besser als in einer rein schulischen Ausbildung entwickelt werden. Nachweislich steigen die Beschäftigungschancen junger Menschen durch eine gute, fundierte Ausbildung. Auch wird der Übergang von der Schule ins Berufsleben erleichtert.

Die betriebliche Ausbildung hat in vielen EU-Mitgliedsländern allerdings einen schlechten Ruf, nur in Deutschland, Österreich und Dänemark werden ihre Potentiale weithin anerkannt. Das deutsche System der dualen Ausbildung hat sich grundsätzlich bewährt. Die dbb jugend unterstützt die deutschen Bemühungen, in enger Koordination und Kooperation mit den europäischen Partnern ähnliche Systeme in anderen EU-Ländern, angepasst an dortige Besonderheiten zu implementieren.

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und einem zurückgegangenen Angebot an Ausbildungsplätzen in Europa haben es vor allem sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte junge Menschen schwer, eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Die Mitgliedsstaaten müssen entsprechende Programme auflegen, um speziell diese Gruppe für eine Ausbildung zu qualifizieren.

Die berufliche Mobilität junger Menschen in Europa muss durch eine vollwertige europäische Arbeitsvermittlung unterstützt werden. Die dbb jugend setzt sich dafür ein, dass das europäische Mobilitätsportal EURES weiter ausgebaut und auf die Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet wird.

Die dbb jugend setzt sich für die Schaffung zentraler Anlauf- und Beratungsstellen für Bewerbungen aus dem Ausland, ähnlich der zentralen Arbeitsvermittlung (ZAV) in Deutschland, mit gleicher Qualität in jedem Mitgliedsland der EU ein.

Neben strukturellen Maßnahmen müssen aktuelle und innovative Wachstumsbranchen, wie beispielsweise das Internet/IT oder erneuerbare Energien, als Chance für die Jugend identifiziert und gefördert werden. Diese bieten vielfältige Möglichkeiten, Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen.

Qualitätsrahmen für Praktika

Ein wichtiges Element, um die Jugendarbeitslosigkeit weiter zu bekämpfen, ist die Verknüpfung des europäischen Qualitätsrahmens für Praktika mit der Jugendgarantie. Im Rahmen der Jugendgarantie angebotene Praktika müssen bestimmten Anforderungen entsprechen, um tatsächlich die Beschäftigungsfähigkeit junger Arbeitnehmer zu verbessern und den Berufseinstieg zu erleichtern. Ziel jedes Praktikums muss die Unterstützung bei der vollwertigen Integration in den ersten Arbeitsmarkt sein.

Die Kernpunkte des bestehenden europäischen Qualitätsrahmens werden in der Zielrichtung von der dbb jugend unterstützt. Der Abschluss eines Praktikumsvertrags, die Festlegung von Zielen, die transparente Information über Rechte und Pflichten können europaweit zu einer Verbesserung der Qualität von Praktika beitragen. Die Verbesserungen des Status quo, die durch den Qualitätsrahmen vorgeschlagen werden, gehen aber nicht weit genug, um wirklich stabile Rahmenbedingungen für Praktika zu schaffen und als ein Instrument im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa echte Perspektiven zu ermöglichen. Das Problem, dass Praktikanten mit einer hohen beruflichen Qualifikation als kostenlose oder gering bezahlte Arbeitskräfte reguläre Beschäftigungsverhältnisse ersetzen, wird durch den Qualitätsrahmen nicht beseitigt.

Kritisch ist aus Sicht der dbb jugend auch, dass grundsätzlich keine Bezahlung für Praktika vorgesehen wird. Dies verkennt, dass zu niedrige oder gar keine Aufwandsentschädigungen es jungen Menschen nicht erlauben, eigenständig ihren Lebensunterhalt zu decken. Somit kann Interessierten die Möglichkeit eines Praktikums aus finanziellen Gründen verwehrt bleiben. Eine adäquate soziale Absicherung bleibt somit weiter das Ziel. Bezahlte Praktika - entsprechend des Bildungsstands und der Qualifizierung - sollten zum europaweiten Standard werden.

Die dbb jugend setzt sich europaweit für eine grundsätzliche Höchstdauer von drei Monaten für unbezahlte Praktika ein. Praktika sollten ab der Dauer von drei Monaten entweder angemessen bezahlt werden, zum Beispiel orientiert am gültigen Mindestlohn, oder müssen enden. Dies gilt auch für Praktikumsverlängerungen oder verbundene Praktika mit einer Gesamtdauer von mehr als drei Monaten. Hier muss rückwirkend eine Bezahlung ab dem ersten Praktikumstag erfolgen. Die dbb jugend setzt sich zudem für eine grundsätzliche Begrenzung der Dauer für bezahlte Praktika auf sechs Monate ein. In der Regel scheint eine längere Praktikumsdauer nicht dem Ausbildungszweck gerecht zu werden, solche Praktika ersetzen vielmehr vollwertige Ar-

beitsplätze. Problematisch ist daher aus Sicht der dbb jugend die im europäischen Qualitätsrahmen für Praktika als angemessen empfohlene Dauer des Praktikums. Ausnahmen sind hier konkret zu definieren.

Mobilität und Fachkräftemangel

Mobilität ist ein hohes Gut und ein wichtiger Grundwert der Europäischen Union. Stärkung und Ausbau der europaweiten Mobilität, insbesondere Arbeitsmarktmobilität, ist ein wesentliches Ziel der EU 2020 Strategie. Gleichzeitig stellt sie ein besonderes Merkmal der Freizügigkeit dar.

Diese Freiheit können junge Menschen auch für die Erweiterung ihrer beruflichen Perspektiven nutzen. Die dbb jugend setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union über ihre vielfältigen Programme und Einrichtungen die Mobilität junger Menschen noch stärker fördert und bewirbt.

Junge Menschen müssen in ganz Europa auf angebotene Arbeitsplätze zugreifen können, da der Arbeitskräftebedarf in den verschiedenen Branchen in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung sowie demographischer Faktoren unterschiedlich hoch ist. Wirtschaftshemmender Fachkräftemangel in den einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union kann durch eine höhere Arbeitsmarktmobilität gezielt bekämpft werden.

Die dbb jugend fordert die Verstetigung einer europäischen Arbeitsverwaltung und den Ausbau des europäischen Jobnetzwerkes (EURES). Das Mobilitätsportal ist ebenfalls auf die Bedürfnisse junger Menschen auszurichten. Zugleich müssen flächendeckende Beratungsangebote und -stellen für Job-suchende in allen europäischen Mitgliedsländern geschaffen werden. Sofern notwendig, bedarf es einer qualitativ hochwertigen Weiterqualifizierung in Sprache und Beruf des jeweiligen Mitgliedslandes. Weitere integrative Maßnahmen in den Mitgliedsländern werden ausdrücklich befürwortet.

Verständigungsprobleme hemmen zudem einen dauerhaften demokratischen Prozess und auch die grenzüberschreitende Mobilität. Deshalb fordert die dbb jugend die Europäische Union auf, Sprachförderprogramme mit einheitlichen Standards zu entwickeln und EU-Bürgern kostenlos zur Verfügung zu stellen. Sprachkompetenz und -förderung müssen noch stärker priorisiert werden.

Soziale Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten führen angesichts des Rechts auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union zu Wanderbewegungen junger Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft. Diese Wanderung birgt für jeden Einzelnen - aber auch die nationalen Arbeitsmärkte - große Chancen aber auch Risiken.

Viele Arbeitnehmer kommen in die europäischen Mitgliedsländer mit einem höheren Wohlstandsniveau, um hier Tätigkeiten auszuüben, die keine oder nur geringe Qualifikationen erfordern. Häufig geraten sie in die Gefahr, dass ihre Arbeitskraft durch Scheinselbständigkeit missbraucht oder vereinbarter Lohn nicht ausgezahlt wird. Meist begeben sie sich so aus Unwissenheit über ihre Rechte in ungewollte Abhängigkeitsverhältnisse, in denen Sozialstandards unterlaufen werden.

Solche nicht förderungswürdigen Arbeitsverhältnisse – von Scheinselbständigkeit bis hin zur Schwarzarbeit – richten großen ökonomischen Schaden an und sind von dauerhaftem Nachteil für die Arbeitnehmer, die häufig schlecht oder gar nicht versichert sind und nicht immer in die Sozialkassen einzahlen. Wenn junge Menschen in solche unsicheren Arbeitsverhältnisse einsteigen, kann dies langfristige Folgen haben. Sie haben kaum eine Chance, in Normalarbeitsverhältnisse integriert zu werden, da zum Beispiel ein Nachweis über bisherige Beschäftigungsverhältnisse und ihre Berufserfahrung nicht erbracht werden kann. Darüber hinaus verfälschen sie die Arbeitslosenstatistiken. Die dbb jugend setzt sich dafür ein, dass die Kontrolle zur Einhaltung des Arbeitsrechts verstärkt wird und die notwendigen Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Viele der Betroffenen sind zudem nicht in der Lage, ihre eigenen Rechte wirksam geltend zu machen. Die dbb jugend setzt sich dafür ein, dass Beratungs- und Unterstützungsangebote für solche mobilen Arbeitnehmer sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern noch stärker unterstützt und gefördert werden.

Bildungsraum Europa - Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen und Berufsankennung

Mit der Richtlinie 2005/36/EG hat die Europäische Union die Voraussetzungen für eine gegenseitige Anerkennung und Vergleichbarkeit von Bildungs- und Berufsabschlüssen geschaffen. In Deutschland hat sich diese Richtlinie

mit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes vom 1. April 2012 niedergeschlagen. Allerdings reichen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine gegenseitige Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen nicht aus, um eine adäquate und qualitativ hochwertige Arbeitsmarktmobilität in Europa zu gewährleisten. Die dbb jugend fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer auf, sich gezielter für die gegenseitige Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen in den Mitgliedsländern einzusetzen.

Da dies jedoch nicht zur Qualitätsminderung hochwertiger Bildungs- und Berufsabschlüsse führen darf, spricht sich die dbb jugend gegen eine Harmonisierung von Abschlüssen aus, die zur Absenkung des in Deutschland bestehenden qualitativen Rahmens der dualen und schulischen Ausbildung sowie Hochschulbildung führen könnte.

Die dbb jugend schlägt vielmehr einen kostenlosen Anspruch auf Anerkennungsqualifizierung in den jeweiligen Berufen beziehungsweise der Bildungsabschlüsse der Mitgliedstaaten vor, der bislang nicht besteht und die gegenseitige Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen vereinfachen würde. Diese Anpassungsqualifizierung könnte zielgenau auf die jeweiligen rechtlichen Bedürfnisse des Mitgliedslandes zugeschnitten werden.

Damit allen Beteiligten ein vereinfachter Überblick der Wertigkeit einer bestehenden Qualifikation möglich ist, unterstützt die dbb jugend Initiativen wie den Europäischen Bildungspass und fordert dessen Weiterentwicklung. Notwendig ist in diesem Zusammenhang zudem der flächendeckende Ausbau von hochwertigen Beratungs- und Betreuungsangeboten in allen Mitgliedsstaaten.

Europäische Gewerkschaftsarbeit

Die europäische Gewerkschaftsarbeit junger Menschen ist angesichts der großen Zukunftsfragen, denen sich Europa ausgesetzt sieht, unerlässlich. Viele Herausforderungen in den Arbeitsmärkten der Mitgliedstaaten gleichen sich und sind häufig nicht mehr ausschließlich national zu lösen. Es ist deshalb wichtig, dass ein europäischer Austausch über Lösungsvorschläge und gemeinsame Ansätze stattfindet. Themen sind dabei unter anderem die verschiedenen Ausbildungssysteme und die Stärkung einer nachhaltigen Personalentwicklung für den öffentlichen Dienst.

Eine starke Jugend bildet die Basis und Zukunft für die europäische Gewerkschaftsarbeit. Die dbb jugend unterstützt die europäische Dachorganisation CESI Youth als aktives Mitglied.

Als starke eigenständige Jugendorganisation setzt sich die dbb jugend für eine starke und eigenständige CESI Youth ein, dessen Aufgabe die Interessenvertretung aller jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder der CESI ist. Dabei muss die CESI Youth personell und finanziell gut ausgestattet werden. Unerlässlich ist deshalb die Verankerung der CESI Youth in der Satzung der CESI.

Die dbb jugend sieht sich als starker Partner der CESI Youth und beteiligt sich regelmäßig an der europäischen Gewerkschaftsarbeit. Die dbb jugend setzt sich für eine intensive Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen, der CESI Youth und der dbb jugend ein.

Die dbb jugend fordert von den Mitgliedsgewerkschaften der CESI einen zügigen Aufbau eigenständiger Gewerkschaftsjugenden. Die dbb jugend unterstützt dabei die CESI Youth. Die dbb jugend bietet anderen Mitgliedsgewerkschaften der CESI an, über die Struktur und Organisation der dbb jugend zu informieren und den Aufbau von Jugendorganisationen aktiv zu unterstützen.

Darüber hinaus intensiviert die dbb jugend den bilateralen Austausch und Kontakt mit den Gewerkschaftsjugenden beziehungsweise jungen Gewerkschaftsmitgliedern anderer CESI-Gewerkschaften. Dies kann über gemeinsame Projekte, Austausche oder Delegationsreisen geschehen. Über Förderprogramme wie z.B. Erasmus + soll eine solche verstärkte Zusammenarbeit unter anderem in jugendpolitischen Bereichen mit den Mitgliedsgewerkschaften der CESI forciert werden.

Die dbb jugend setzt sich gegen den schleichenden Abbau von Gewerkschaftsrechten und damit Arbeitnehmerrechten in Europa ein. Eine europäische Vereinheitlichung wird an solchen Stellen befürwortet, wo dies für Arbeitnehmer/Beamte vorteilhaft erscheint und abgelehnt, wo sich dies nachteilig auf Arbeitnehmer/Beamte auswirkt.

Beamtenstatus, öffentlicher Dienst und Privatisierung

Die dbb jugend setzt sich für einen starken öffentlichen Dienst in Europa ein. Die dbb jugend bekennt sich ausdrücklich zu den nationalen Traditionen des

Berufsbeamtentums mit seinen Rechten und Pflichten. Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge tritt die dbb jugend in Europa entschieden entgegen.

Dem öffentlichen Dienst kommt eine zentrale Funktion in Hinblick auf die Überwindung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu. Die dbb jugend sieht für diesen eine besonders hohe Ausbildungs- und Beschäftigungsverantwortung. Der öffentliche Dienst in allen Mitgliedsstaaten sollte seine Ausbildungssysteme erhalten und stärken. Er fungiert auch in einer Vorreiterrolle beim Abbau der nationalen Jugendarbeitslosigkeit. Eine künftige Vernetzung der ausbildungsverantwortlichen Stellen des öffentlichen Dienstes in Deutschland, wie etwa der Hochschule des Bundes, mit den europäischen Partnern ist für alle Beteiligten vorteilhaft. Mitgliedsstaatenübergreifende Ausbildungsprogramme und Austauschmaßnahmen bilden eine Chance und erhöhen auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für junge Schulabsolventen.

Hinsichtlich der Beschäftigung junger Menschen fordert die dbb jugend eine demographievorsorgende Personalplanung in allen öffentlichen Diensten Europas. Es bedarf klarer Entwicklungsperspektiven für junge Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Hierzu zählen unbefristete Arbeitsverhältnisse und eine angemessene Entlohnung. Ein starker öffentlicher Dienst muss personell und infrastrukturell zukunftsfähig ausgestattet sein.

Der Zugang zu den europäischen Institutionen muss erleichtert werden. Die öffentlichen Dienste der Mitgliedstaaten müssen noch gezielter junge Beschäftigte auf entsprechende Einsatzmöglichkeiten vorbereiten und diese fördern. Der europäische Dienst sollte in all seinen Bereichen ein Spiegel der europäischen Gesellschaft in all ihrer Vielfalt sein.

Europa vermitteln

Die Wahlbeteiligung an der Europawahl 2014 von nur etwa 43 Prozent zeigt, dass mehr als die Hälfte der europäischen Bürger kein Interesse an der „Idee Europa“ hat oder zumindest eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Wahlen besteht. Darüber hinaus bestätigen Umfragen, dass die bereits existierenden Zusammenhänge zwischen europäischer und nationaler Politik oft nicht bekannt sind. So ist es üblich, dass nationale Medien die Beteiligung der nationalen Abgeordneten an europäischen Gesetzgebungsverfahren ver-

schweigen und lediglich darüber berichten, dass „Brüssel“ neue Verordnungen beschlossen habe. Diese Art der Informationspolitik, die die bereits vorhandene Skepsis der Bevölkerung verstärkt, lehnt die dbb jugend ab.

Die dbb jugend setzt sich für Aufklärungskampagnen in der Öffentlichkeit über die grundlegenden Zusammenhänge von europäischer und nationaler Politik, die stärkere Integration von Europarecht in Schullehrplänen sowie Aus- und Fortbildung und eine neutrale Berichterstattung in den Medien ein. So kann die Akzeptanz in der Bevölkerung für ein gemeinsames Europa und den europäischen Gedanken gestärkt werden. –Nicht zuletzt über den dbb beamtenbund und tarifunion setzt sich die dbb jugend - bei nationalen und europäischen Entscheidungsträgern - für mehr und gezieltere Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf Europa ein. Das beinhaltet ausdrücklich die Stärkung einer entsprechenden Aufklärung in Schul-, Aus- und Fortbildung. Die dbb jugend trägt hierzu durch eigene Kampagnen, Fortbildungsangebote und politische Anträge zu einer besseren Akzeptanz der europäischen Idee in der Bevölkerung bei.

Zukunft der Europäischen Union

Die dbb jugend unterstützt Initiativen zur Änderung der Europäischen Verträge durch die Einberufung eines europäischen Konvents nach Artikel 48 EU-Vertrag, welche die europäischen Verträge im Hinblick auf demokratischere Prozesse und Gestaltungsmöglichkeiten anpassen wollen. Der Konvent muss in einem ausgewogenen Verhältnis aus zivilgesellschaftlichen Akteuren und Volksvertretern zusammengesetzt sein.

Die dbb jugend befürwortet ein Europa der klar verteilten Kompetenzen. Zuständigkeiten gilt es klarer zu definieren. In einem Vertragsentwurf müssen zudem die Rechte des EU-Parlamentes gestärkt werden. Dem Europäischen Parlament muss eine weitergehende Legislativfunktion, ähnlich der des Deutschen Bundestags eingeräumt werden, also ein Initiativrecht für Rechtssetzungsakte. Aus Sicht der dbb jugend bedarf es einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Mitgliedsländer, des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments.

Die europäische Erweiterungspolitik braucht ein klar strukturiertes Konzept. Deshalb fordert die dbb jugend, die Erweiterungspolitik mit klaren Prioritäten zu versehen. Ebenfalls gilt es die demokratischen Grundprinzipien und Werte der europäischen Grundrechtecharta zur Bedingung einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu machen. Ehrlichkeit und Transparenz müssen die politische Verantwortung der EU bei der Eröffnung einer Beitrittsperspektive kennzeichnen. Partnern im Umland der Europäischen Union soll eine privilegierte Partnerschaft in Aussicht gestellt werden.

Auf Ebene der Europapolitik beteiligt sich die dbb jugend unter anderem an der Positionierung zu aktuellen Themen wie der Demokratisierung der Europäischen Union, zu Punkten der Gesellschafts-, Sozialpolitik, der Inneren Sicherheit und Asylpolitik sowie grundsätzlichen Aspekten der Gewerkschaftspolitik und nimmt hierzu Stellung.

Asyl und Flucht

Die dbb jugend sieht in der Durchführung des Asylverfahrens eine besondere moralische und politische Verantwortung der Europäischen Union sowie deren Mitgliedstaaten. Gleichzeitig muss das Asylverfahren als gesamteuropäische Aufgabe betrachtet werden. Hierunter versteht die dbb jugend auch die Durchführung humanitärer Aufnahmeverfahren. Die dbb jugend fordert eine faire und einheitliche Umsetzung des Asylverfahrens in Europa nach hohen europäischen Standards, wie sie zum Beispiel in Deutschland erfüllt werden. Zur Vermeidung von Flüchtlingskatastrophen fordert die dbb jugend die EU auf, zentral zugängliche Flüchtlingskorridore einzurichten. Den Kampf gegen die Schleuserkriminalität befürwortet die dbb jugend. Ebenso sind die mit der Umsetzung der Asylverfahren betroffenen Institutionen dauerhaft mit den notwendigen Ressourcen auszustatten.

Die Entscheidungsfindung über Asylanträge muss aus Sicht der dbb jugend in den starken und kompetenten Asylbehörden in Europa gebündelt werden. Ein paralleler Aufbau von Asylbehörden in jedem Mitgliedsland hat sich nicht bewährt. Nach der Entscheidung über den Asylantrag kann bei einer positiven Entscheidung eine Weiterverteilung nach dem Königssteiner Schlüssel (Verteilung nach Einwohnerzahlen, Wirtschaftskraft und Größe) erfolgen.

Zur Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsländern fordert die dbb jugend die EU auf, eine einheitliche Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit zu betreiben.

Zuwanderung

Aus Sicht der dbb jugend sind die Asylpolitik und die Zuwanderung in Europa untrennbar miteinander verbunden. An das Asylverfahren muss sich eine einheitliche Integrationspolitik in Europa anschließen. Die dbb jugend sieht die Zukunft der Europäischen Union in einer gesteuerten und einheitlichen europäischen Zuwanderungspolitik. Möglichkeiten der Blue Card (Pendant zur Greencard) gilt es zu verstetigen.

Als Basis einer gelingenden Integration von Zuwanderern sieht die dbb jugend, die Umsetzung einer dreisäuligen Integration in Beruf, Sprache und Gesellschaft an.

Sozialer Frieden

Der Ursprung der Europäischen Union liegt in der wirtschaftlichen Einigung. Europas Zukunft muss im Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Interessen und sozialpolitischen Zielen liegen. Die Europäische Union muss angesichts europäischer Freizügigkeit sicherstellen, dass europaweit die gleichen sozialen Mindeststandards gelten.

Wenn Europa langfristig erfolgreich sein will, muss die Europäische Union als Verfechterin von sozialen Errungenschaften wahrgenommen und anerkannt werden.

Europa trägt Mitverantwortung, dass auch und vor allem in Krisenzeiten von Arbeitslosigkeit und Armut betroffene junge Menschen eine soziale Grundversorgung haben. Das ist wichtiger Teil der europäischen Solidarität. Die dbb jugend unterstützt Pläne, eine europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen. Weitere Bemühungen, Sozialsystemen eine europäische Dimension zu geben, müssen geprüft werden.

Die dbb jugend fordert die Europäische Union auf, auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche keinen Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben, Einsparungen in Sozialsystemen durchzusetzen oder öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren. Vielmehr muss vor allem in Krisenzeiten eine konjunkturfördernde Investitionspolitik betrieben werden. Die dbb jugend unterstützt zu-

dem Strukturreformen im öffentlichen Dienst, die auf einen Effizienzgewinn ausgerichtet sind.

Die dbb jugend fordert die Europäische Union auf, existierende Sozialstandards zu verteidigen und zum Beispiel auch bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen nicht zu gefährden.

Die dbb jugend setzt sich für die Konsolidierung der europäischen Haushalte und ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen die Altschuldenproblematik ein.

Innere Sicherheit

Die Europäische Union sieht sich als gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Diesen gilt es zu pflegen und auszubauen. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane ist in Zeiten offener Grenzen unerlässlich und muss sich fortlaufend den Anforderungen einer modernen Sicherheitspolitik anpassen. Nur gemeinsam kann Europa sich Herausforderungen wie organisiertem Verbrechen, internationalem Terrorismus und Extremismus stellen.

Die Durchlässigkeit von Informationen und Daten zwischen einzelnen Ländern und den jeweiligen Behörden muss klarer geregelt und deutlich verbessert werden. So muss etwa das Schengener Durchführungsübereinkommen reformiert werden. Neben den bestehenden Regelungen zur Strafverfolgung müssen auch Instrumente zur Gefahrenabwehr geschaffen werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Terrorabwehr und –bekämpfung.

Insgesamt erwartet die dbb jugend eine bessere – datentechnische - Vernetzung der europäischen Sicherheitsbehörden. Datenschutz und Datensicherheit stellen dabei ein hohes Gut dar und müssen durch die Europäische Union geschützt und verteidigt werden. Bestehende Persönlichkeitsrechte dürfen nicht zugunsten wirtschaftlicher Interessen abgesenkt werden. Bei Rechtsverstößen ist ein entschiedenes Vorgehen europäischer Strafverfolgungsbehörden unentbehrlich. Deshalb setzt sich die dbb jugend dafür ein, dass einheitliche europäische Datenschutzstandards für den Umgang mit persönlichen Daten in europäischen Behörden fortlaufend überprüft und weiterent-

wickelt werden. Dies betrifft sowohl die Daten der Bürgerinnen und Bürger als auch jene der Beschäftigten in den Behörden.

Die Tendenz einzelner Länder, Grenzkontrollen an innereuropäischen Grenzen wieder einzuführen, ist aus europäischer Sicht sehr bedenklich und gefährdet die europäische Idee. Die Sicherheitsstrukturen müssen auf europäischer Ebene so ausgebaut werden, dass Grenzkontrollen an den Binnengrenzen obsolet bleiben. Die dbb jugend fordert die Europäische Union auf, die einschlägigen europäischen Sicherheitsagenturen wie Europol, Eurojust und Frontex mit den notwendigen Instrumenten auszustatten, die sie für ihre koordinierende Aufgabenbewältigung benötigen.

Europol muss als Europäisches Polizeiamt gestärkt werden. Dazu bedarf es einer Reform der Befugnisse von Europol. Die Bekämpfung europaweit agierender krimineller Strukturen muss zentral koordiniert und gesteuert werden. Dazu bedarf es mindestens einer zentralen Weisungsbefugnis gegenüber den Behörden der Mitgliedstaaten, die Übertragung von Exekutivbefugnissen sollte von den Institutionen der Europäischen Union in Erwägung gezogen werden. Durch diesen Kompetenzgewinn kann die europaweite Zusammenarbeit deutlich effizienter und somit sicherer gestaltet werden.

Diese Stärkung von Europol würde sich positiv auf den gesamten Bereich der Inneren Sicherheit auswirken - von Drogenkriminalität über Terrorbekämpfung bis hin zu Internetkriminalität. Bereiche in denen momentan rechtliche Lücken effektive Polizeiarbeit erschweren oder sogar verhindern. Zusätzlich zu einer Stärkung von Europol müssen wirkungsvolle Kontrollmechanismen geschaffen werden, die transparentes und rechtstaatliches Handeln gewährleisten und Europa somit als glaubhaften Bewahrer freiheitlicher Prinzipien präsentieren.

Die dbb jugend unterstützt neben europäischen Einrichtungen auch die bilaterale Zusammenarbeit zum Beispiel im Grenzbereich zwischen Ländern, die eine bessere Koordinierung der Sicherheitsapparate gewährleisten können.



